

Bern



Pferdemetzger
Daniel Siegfried verkauft die «Trä-
meler»-Steaks neu in Bümpliz. 22

Letzter Ausweg aus der Krise: Prostitution in der Stadt Bern

In der Stadt Bern ist die Zahl der Prostituierten aus Südeuropa in den letzten vier Jahren drastisch angestiegen. Die Ursache ist gemäss Fachleuten beim wirtschaftlichen Druck in den Krisenländern zu suchen.

Simon Deckert

Es ist ein Befund, der Eindruck macht: In der Stadt Bern hat sich die Zahl der registrierten Sexarbeiterinnen aus Ländern wie Spanien, Portugal oder Italien in den letzten vier Jahren mindestens verzehnfacht. In einem Beitrag der «Tagesschau» des Schweizer Fernsehens vom letzten Mittwoch nannte Alexander Ott, Leiter der Berner Fremdenpolizei, eindeutige Zahlen. Im Jahr 2010 habe man rund 40 Gesuche von Personen aus diesen Ländern erhalten. 2014 seien es bis Ende Juni bereits über 400 gewesen. Es ist aber nicht nur die schiere Anzahl, die gestiegen ist. Laut übereinstimmenden Angaben der Fremdenpolizei und der Berner Fachstelle für Sexarbeit Xenia zeichnen sich zwei weitere Trends ab: Die Frauen sind älter, und immer mehr von ihnen arbeiten zum ersten Mal im Sexgewerbe.

«Käuflicher Sex ist ein Luxusgut»

Schon im Oktober 2013 hörte man von einem Zuwachs von älteren Prostituierten, die ohne Vorerfahrung im Sexgewerbe in die Schweiz kommen. Es handelte sich vor allem um Frauen aus Spanien. Regula Rother, Leiterin der Zürcher Stadtmission, äusserte sich damals skeptisch zu diesen Berichten. Gegenüber der «Berner Zeitung» sagte sie in einem Interview, die meisten Frauen seien schon zuvor als Prostituierte tätig gewesen und kämen wegen der sinkenden Nachfrage in ihren Heimatländern in die Schweiz. «Käuflicher Sex ist ein Luxusgut», sagte Rother. Und in der Krise verzichte man eben zuerst auf allen Luxus.

Geld für das Studium der Kinder

Zwar ist man sich heute auch bei der Berner Fremdenpolizei sicher, dass der Zuwachs auf die südeuropäische Wirtschaftskrise zurückzuführen ist. In einem Punkt ist die aktuelle Situation aber eindeutig anders: Es handelt sich nicht nur um Frauen aus dem Sexgewerbe, die nach Bern kommen. «Wir haben eine Zunahme von Neueinstei-



Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit in Südeuropa kommen immer mehr Frauen als Prostituierte nach Bern. Foto: Adrian Moser

gerinnen beobachtet», sagt Alexander Ott gegenüber dem «Bund».

Auch für Jacqueline Suter von der Fachstelle Xenia ist der Fall klar. «Das passiert generell, wenn Länder in Krisen fallen», sagt sie. Die Neueinsteigerinnen seien ehemals berufstätige Frauen, die durch die Krise ihre Arbeit verloren hätten. Sie haben Familien, für die sie sich verantwortlich fühlen. Martha Wigger, Leiterin von Xenia, formulierte es in der

«Tagesschau» so: «Wenn kein Geld mehr reinkommt, wagt man diesen Schritt, weil die Familie wichtiger ist als die Arbeit selber.»

Jacqueline Suter erzählt etwa von einer Frau, die arbeitslos geworden ist, und deren Mann pensioniert ist. Zwei Jahre dauert es noch, bis die Kinder ihr Studium abgeschlossen haben. Danach wird die Rente für sie und ihren Mann ausreichen. Bis es soweit ist, verdient

die Frau das Geld für die Ausbildung ihrer Kinder als Sexarbeiterin in der Schweiz.

Geheimnis bei der Arbeitssuche

Warum aber kommen diese Frauen in die Schweiz? Bis zu drei Monate am Stück dürfen EU- und Efta-Bürgerinnen und Bürger im Schweizer Sexgewerbe arbeiten. Wäre der Einstieg in die Prostitution im Heimatland, ohne den Auf-

wand und die Kosten der Reise, nicht einfacher? Dass die Frauen in der Schweiz mehr verdienen, ist nur ein Grund. Das Ausland bietet auch Anonymität. Suter nennt es das «Geheimnis» um die Arbeitssuche im Ausland. «Die Frauen sagen nicht offen, was sie machen. Männliche Gastarbeiter erzählen ja auch nicht, dass sie in ihrem Auto an einem Waldrand schlafen und zur Körperpflege auf öffentliche Toiletten gehen. Die Leute schämen sich.» Im Beitrag der «Tagesschau» wurde auch darauf hingewiesen, dass der Aufwand für die Frauen sehr klein sei. Ein Meldeverfahren per Internet reiche aus für die dreimonatige Bewilligung, wie Alexander Ott sagt. Ob die Schweiz dadurch für Sexarbeiterinnen attraktiver sei als andere europäische Länder, könne man aber nicht sagen.

Massiver Konkurrenzkampf

Nach dem Meldeverfahren sprechen die Frauen persönlich bei der Fremdenpolizei vor. Personen, die zum ersten Mal in der Schweiz arbeiten, müssen angeben, ob sie bereits im Sexgewerbe tätig gewesen sind. Unter den Neueinsteigerinnen sind auch immer öfter Frauen bis 50. «Diesen Trend können wir bestätigen», sagt Alexander Ott. «Die Frauen sind in den letzten zwei Jahren älter geworden.» Auch bei Xenia, wo Sexarbeiterinnen beraten und unterstützt werden, spürt man diese Entwicklung. Jacqueline Suter sagt, dass das Alter nicht zwingend eine Rolle spiele. «Es geht ja auch um Lebenserfahrung, die können diese Frauen einsetzen. Dafür gibt es ein Kundensegment.»

Das Sexgewerbe ist ein unübersichtliches Feld. Prostituierte aus der Schweiz treffen auf Saisonarbeiterinnen aus Süd- und Osteuropa. Frauen um die 20 treffen auf solche um die 50, erfahrene Sexarbeiterinnen auf Neueinsteigerinnen. Wie wirkt sich das auf das Arbeitsklima aus? Es sei nicht wichtig, welchen ethnischen Hintergrund man habe, wie alt man sei, oder ob man Berufserfahrung mitbringe oder nicht, sagt Suter. «Es ist ein massiver Konkurrenzkampf, da spielt es keine Rolle, woher man kommt.»

Kompromiss der Behörden und AKW-Betreiber bei Notfallplanung

Bund, Kantone und Betreiber haben sich geeinigt, welcher mögliche AKW-Unfall als Basis für die Notfallplanung dient. Für AKW-Kritiker ist dies ein fauler Kompromiss.

Simon Thönen

Die Katastrophe von Fukushima machte in der Schweiz die Notfallplanung für AKW-Unfälle obsolet. Denn hier hatte man sich bloss auf sehr viel schwächere Unfälle vorbereitet. Der Bundesrat sprach eine rasche Überarbeitung – doch diese zog sich in die Länge. Eine Hauptursache war, dass sich Bund, Kantone, Atomaufsicht und AKW-Betreiber nicht auf das AKW-Unfallszenario einigen konnten, welches als Basis für die Notfallplanung dient. Der Grund für den Streit liegt auf der Hand: Je schwerer der angenommene Unfall, desto teurer und schwieriger ist die Notfallplanung.

Am Donnerstag haben sich nun Vertreter von Behörden und Betreibern unter der Leitung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (Babs) auf einen Kompromiss geeinigt. Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) hatte sechs mögliche AKW-Unfälle durchgerechnet. Laut zuverlässigen Informationen einigte man sich am Donnerstag auf das Szenario A4. Es ist ein klassischer Mittelweg: Der angenom-

mene Unfall ist erheblich schwerer als der bisherige Referenz-Unfall, aber er ist hundertmal schwächer als jener im Ensi-Szenario A6.

Der Strategiechef im Babs, Alexander Krethlow, bestätigt auf Anfrage: «Nach sehr langen Verhandlungen konnten wir uns am Donnerstag auf ein Referenzszenario einigen, das als Grundlage für die Notfallschutzmassnahmen dient.» Dass es sich dabei um das Szenario A4 handelt, bestätigt Krethlow nicht. Dies, weil die Entscheidung in den kommenden Monaten noch vom Bundesstab ABCN, dem Notfallstab des Bundesrats, bestätigt werden müsse. Zum gewählten Unfallszenario sagt er lediglich: «Wir wählen ein Szenario mit einem erheblichen Austritt von Radioaktivität, aber nicht das extremste Szenario, welches das Ensi durchgerechnet hat.»

«Kompromiss nicht zulässig»

Die Organisation Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (Aefu), die sich seit langem mit der AKW-Notfallplanung befasst, kritisiert die Einigung auf ein mittleres Szenario. «Es geht darum, einer möglichen Gefahr ins Auge zu schauen», sagt Aefu-Geschäftsleiter Martin Forter, «Kompromisse sind da nicht zulässig.» Fukushima habe zudem gezeigt, dass radioaktiv verseuchtes Abwasser ein grosses Problem sei. «Bei uns würde dieses nicht ins Meer, sondern in Flüsse und Seen fließen. Dennoch wurde dieses Problem bisher nicht angepackt.» Auch der bernische Re-

gierungsrat forderte am Donnerstag in seiner Stellungnahme zur Notfallplanung «ein Konzept über die Trinkwasserversorgung in Störfällen mit schwerer Verstrahlungslage» (siehe auch Kasten).

Evakuierung der Region Bern

Der bernische Regierungsrat hat weiter kritisiert, dass der Bund «noch immer keine konkreten Vorgaben zur Evakuierung mindestens der Zone 1, der engsten Zone um die Kernkraftwerke, vorgelegt hat». Diese Kritik weist Krethlow zurück. «Die Evakuierung der Zone 1 war schon bisher vorgesehen.» Diese Zone umfasst nur die Gebiete in 3 bis 5 Kilometern um die AKW.

Was aber ist mit der Zone 2, mit einem Radius von 20 Kilometern um die AKW? In der Zone 2 um Mühleberg etwa leben eine halbe Million Menschen, darunter die Einwohner der Grossregion Bern. «Hier sehen wir neu die Möglichkeit von vorsorglichen Evakuierungen vor», sagt Krethlow. Das heisst: Die Bewohner sollen aus dem betroffenen Gebiet evakuiert werden, bevor die strahlende Wolke aus dem AKW austritt.

Allerdings grenzt Krethlow dies ein. «Wir können nicht eine halbe Million Menschen auf Knopfdruck evakuieren.» Konkret würden nur jene Gebiete evakuiert, die voraussichtlich von der Wolke betroffen wären. Anordnen würde dies der Bundesrat. Und auch dies nur unter einer Bedingung. «Der Werkbetreiber muss verbindlich zusichern können, wie

lange es dauert, bis Radioaktivität in die Umgebung entweicht.» Falls dies unklar ist oder der Unfall schnell abläuft, gelte die bisherige Devise: dass die Menschen sofort in ihre Keller, wenn möglich in Schutzräume gehen. Evakuiert würden sie dann erst, nachdem die radioaktive Wolke vorbeigezogen ist.

Flucht auf eigene Faust

Auch eine Evakuierung im Voraus in der Zone 2 würde aber nicht so ablaufen wie 1986 in Tschernobyl, wo der Staat die Menschen in Bussen abtransportieren liess. Gemäss dem neuen schweizerischen Konzept würden die Menschen selber fortgehen. «Wir erwarten, dass rund zwei Drittel im eigenen Auto wegfahren», sagt Krethlow. Das werde zwar zu Staus führen, räumt er ein. «Laut Simulationsstudien der ETH liess sich die Verkehrslage aber bewältigen.» Von den Nicht-Autofahrern erwarte man, dass sie das gefährdete Gebiet mit dem öffentlichen Verkehr verlassen. «Dieser wird so normal wie möglich funktionieren», sagt Krethlow. Laut Strahlenschutzverordnung könnten Verkehrsbetriebe und Fahrer zum Einsatz verpflichtet werden.

Nur wer sich nicht zu Fuss bewegen kann, würde von den Notfallkräften evakuiert – falls möglich. «Die Spitäler zum Beispiel müssen Evakuierungspläne entwickeln», sagt Krethlow. Falls aber eine rechtzeitige Evakuierung nicht möglich wäre, würden Patienten, Altersheimbewohner oder Gefängnisinsassen «in die

Keller ihrer Institutionen gebracht». Von solchen Fällen abgesehen, würde die Evakuierung also auf «der Eigenverantwortung der Bevölkerung basieren», wie Krethlow sagt. Er zeigt sich überzeugt, dass dies «auf der Grundlage der entsprechenden Planungen» funktionieren werde. «Der Überlebenswille der Menschen ist stark.»

Ebenfalls Teil der Einigung am Donnerstag war, dass die Zonen nicht ausgeweitet werden. Krethlow: «Ausserhalb eines Radius von zwanzig Kilometern erwarten wir Hot Spots, einzelne verstrahlte Gebiete.» Da sei eine vorsorgliche Evakuierung kaum möglich. Aefu-Geschäftsleiter Forter kritisiert auch dies: «Es ist unverständlich, dass man nach den Erfahrungen von Fukushima bei so kleinen Zonen bleibt.»

Messnetz Bund finanziert vor

Die radioaktive Verseuchung der Gewässer ist eine der grossen Lücken bei der Katastrophenplanung für AKW. Doch ein geplantes neues Messnetz in Aare und Rhein wird durch eine gerichtliche Beschwerde der AKW-Betreiber blockiert. Sie wollen ihren Kostenanteil nicht übernehmen («Bund» vom 8. Mai). Nun kündigte der Bundesrat in einer Antwort auf eine Anfrage der SP an, dass er das Messnetz im Wasser vorfinanzieren werde. Weiterhin blockiert durch die Beschwerde bleibt aber ein ebenfalls geplantes neues Messnetz für die Strahlung in der Luft. (st)